



Erklärung zum Datenschutz anlässlich des Antrages zum Betreten des Deutschen Bundestages

I. Datenschutzrechtliche Erklärung

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass anlässlich meines Antrags zur Ausstellung eines Hausausweises für den Deutschen Bundestag/Aufnahme in die Zutrittsliste eine allgemeine Zuverlässigkeitsüberprüfung meiner Person durch die Polizei beim Deutschen Bundestag erfolgen kann (Art. 40 Abs. 2 GG). Dies dient ausschließlich dazu, um über die Erteilung einer Zutrittsberechtigung zum Deutschen Bundestag sowie deren konkreten Umfang zu entscheiden.

Zum Zweck der Zuverlässigkeitsüberprüfung werden meine personenbezogenen Daten durch die Polizei beim Deutschen Bundestag erhoben und gespeichert. Ich **erkläre mich ausdrücklich und ohne Vorbehalt damit einverstanden**, dass die Polizei beim Deutschen Bundestag hierzu Einsicht in polizeiliche Dateien und Datensammlungen des Bundes über Erkenntnisse zu meiner Person nimmt.

Meine Einwilligung gilt für die nachfolgenden Dateien und Datensammlungen

- Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag (Artus)
- Informationssystem Polizei (INPOL)
- Bundeszentralregister (BZR)

Darüber hinaus kann es im begründeten Einzelfall erforderlich sein, Hinweise auf vorliegende Erkenntnisse dahingehend zu prüfen, ob diese der Erteilung einer Zutrittsberechtigung widersprechen. In einem solchen Fall wird sich die Polizei beim Deutschen Bundestag mit mir in Verbindung setzen, mir die Gründe erläutern und meine ausdrückliche Zustimmung zu dem nachfolgend beschriebenen Verfahren einholen. Sofern ich meine Zustimmung nicht erteile, erfolgt keine weitergehende Überprüfung. In diesem Fall erhalte ich keine Zutrittserlaubnis zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages.

Meine Daten können im Rahmen der erweiterten Zuverlässigkeitsüberprüfung meiner Person für eine Anfrage an den Polizeipräsidenten in Berlin, Landeskriminalamt 554 übermittelt werden. Der Polizeipräsident in Berlin kann durch das Landeskriminalamt 554 Einsicht in folgende polizeiliche Dateien und Datensammlungen des Landes Berlin und des Bundes nehmen:

- Landesdatensystem POLIKS
- Informationssystem Polizei (INPOL)
- Innere Sicherheit (INPOL neu – bundesweite Staatsschutzdatei)
- Dateien des Polizeilichen Staatsschutzes Berlin

Dies schließt die Einsichtnahme in die dazu vorhandenen Ermittlungs- und Strafakten von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht ein.

Sollten beim Polizeipräsidenten in Berlin über mich polizeiliche Erkenntnisse gespeichert sein, so werden diese Erkenntnisse, andernfalls die Mitteilung, dass keine Erkenntnisse vorliegen, durch den Polizeipräsidenten in Berlin, Landeskriminalamt 554



Deutscher Bundestag

der Polizei beim Deutschen Bundestag übermittelt und dort gespeichert. Beim Vorliegen von Erkenntnissen, die der Erteilung einer Zutrittsberechtigung meinerseits widersprechen, informiert mich die Polizei beim Deutschen Bundestag über die Tatsache, dass eine Zutrittsberechtigung nicht erteilt werden kann. Diese Mitteilung enthält keine inhaltlichen Angaben zu den der Entscheidung zu Grunde liegenden Erkenntnissen. Mir steht es dann frei, eine Anfrage auf Datenauskunft beim Polizeipräsident in Berlin (LKA 5542, Eiswaldtstraße 18, 12249 Berlin) zu stellen.

II. Einverständniserklärung

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich meine Einwilligung zur Zuverlässigkeitsüberprüfung mit dem insgesamt vorstehenden Inhalt verweigern sowie eine bereits abgegebene Einwilligung nachträglich widerrufen kann. In diesem Fall kann jedoch aus Sicherheitsgründen für meine Person der Zutritt zum Deutschen Bundestag nicht weiter gewährt werden. Bereits ausgehändigte Zutrittsberechtigungen und Hausausweise verlieren in diesem Falle sofort ihre Gültigkeit und müssen unverzüglich an die Zentrale Ausweisstelle zurückgegeben werden.



Zusatz für Hausausweis Antragsteller

1. Ein Betreten des Deutschen Bundestages ist dem Antragsteller nur mit einem gültigen Bundestagsausweis (vgl. § 2 Abs. 2 bis 6 HO-DBT) des Deutschen Bundestages erlaubt. Ein Bundestagsausweis kann nur gegen Vorlage des auf dem Antragsformular unter der entsprechenden Nummer angegebenen gültigen Ausweis- bzw. Passdokuments ausgegeben werden, wobei der Antragsteller den Erhalt des Bundestagsausweises auf dem Antragsformular mit seiner Unterschrift bestätigt. Das Verfahren für die Ausgabe von Tagesausweisen bei gelegentlichem Zutritt (vgl. § 2 Abs. 4 Satz 2, Abs. 5 HO-BT) bleibt hiervon unberührt.
2. Der Bundestagsausweis mit Lichtbild ist persönlich und nicht übertragbar. Er ist in den Gebäuden des Deutschen Bundestages grundsätzlich für jeden erkennbar offen zu tragen (vgl. § 2 Abs. 8 HO-BT). Auf Verlangen der für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben alle Inhaber eines Bundestagsausweises, die sich in den Gebäuden des Deutschen Bundestages aufhalten, die Zutrittsberechtigung nachzuweisen und, soweit sich ihre Zutrittsberechtigung aus Absatz 1 Nr. 2 in Verbindung mit den Absätzen 3 bis 7 ergibt, den Zweck ihres Aufenthaltes anzugeben (vgl. § 2 Abs. 9 HO-BT).
3. Das Recht, die Erlaubnis zum Betreten des Deutschen Bundestags einseitig zu widerrufen und den Bundestagsausweis einzuziehen bleibt vorbehalten. Widerruf und Einzug können insbesondere dann erfolgen, wenn der Inhaber des Bundestagsausweises durch die Polizei beim Deutschen Bundestag nicht genehmigte Veränderungen des Bundestagsausweises vorgenommen hat oder sich nicht an vorgenannte Bedingungen hält. Mit dem Widerruf der Erlaubnis zum Betreten des Bundestages verliert der Bundestagsausweis seine Gültigkeit und ist unverzüglich der Polizei beim Deutschen Bundestag (Zentrale Ausweisstelle) zurück zu geben.
4. Der Bundestagsausweis ist Eigentum des Deutschen Bundestages. Bei einem Verstoß gegen vorgenannte Bestimmungen kann der Bundestagsausweis von der Polizei beim Deutschen Bundestag unverzüglich vom Inhaber zurück gefordert werden. Er ist nach Ablauf der Gültigkeitsdauer oder nach Wegfall des Antragsgrundes unverzüglich an die Zentrale Ausweisstelle des Deutschen Bundestages zurück zu geben.
5. Bei Verlust oder Diebstahl des Bundestagsausweises entscheidet die Polizei beim Deutschen Bundestag über die Ausstellung eines neuen Bundestagsausweises. Zu diesem Zweck hat der im Bundestagsausweis genannte Berechtigte wie folgt vorzugehen:
Diebstahl oder Verlust sind der Polizei beim Deutschen Bundestag unverzüglich grundsätzlich schriftlich anzuzeigen. Über die weitere Verfahrensweise – insbesondere die Veranlassung der Sachfahndung – entscheidet die Polizei beim Deutschen Bundestag im Einzelfalle.